

Protokoll des 110. Treffens des NK Mitte

am 17.04.2025, 19.00 – 21.00 Uhr

im Gemeindehaus der Apostelkirche, Gretchenstr. 55, 30161 Hannover

Anwesende gemäß Teilnahmeliste.

Tagesordnung

Inhalt

Tagesordnung	1
TOP 1 Begrüßung und Aktuelles	1
TOP 2 Aktueller Unterstützungsbedarf	2
TOP 3 Punkt 3.3 Migration und Integration des neuen Koalitionsvertrages - offene Diskussion über die Auswirkungen auf unsere Arbeit	3
TOP 4 Buchvorstellung (Teil II): Migration - 22 populäre Mythen und was wirklich hinter ihnen steckt (Autor: Hein de Haas)	5
TOP 5 Austausch	6
TOP 6 Sonstiges	6

TOP 1 Begrüßung und Aktuelles

Anne Gast begrüßt die Anwesenden. Es gibt eine kurze Vorstellungsrunde.

Carolin Bensch berichtet vom Sprachcafé (dienstags 18:30 bis 20 Uhr in der Reformierten Gemeinde): variable TN-Zahl von 2-12 TN, verschiedene Sprachniveaus, Organisation durch 4 Ehrenamtliche, immer 2 Ehrenamtliche pro Termin vor Ort

Thomas Stockinger berichtet vom Ordner-Projekt: in der letzten Zeit mehrere größere Spenden eingegangen (Ordner, Klarsichtfolien, Trennblätter)
2 Termine in den letzten Monaten zusammen mit dem Ukrainischen Verein in der Königstraße 20, 11 Ordner verteilt, weiterer Termin im Mai
voraussichtlich ab Mai Termine in der Marienstraße

Spendenannahme Ukrainischer Verein: auch Kleidung mit kleineren Macken, abzugeben in der Königstraße 20, täglich von 10 Uhr an

Patricia Tuschling-Moch berichtet vom letzten Ehrenamts-Treffen des UFU (Unterstützungskreis Flüchtlingsunterkünfte Hannover e. V.):

Angebote des UFU

- Hausaufgabenhilfe
- Ordnerprojekt
- Lebenslaufprojekt
- Deutsch-Lern-Helfer:innen (Hilfe bei D-Kursen, D-Prüfungen)
- Auszugsbegleitung
- Zusammen kochen
- Schwimmkurse
- Gartenprojekt
- Fahrrad-Werkstatt (ab 05.05.25 in Mittelfeld)
- AG Bildung
- Sprachcafés (aktuelle Liste auf UFU-Website)
- Einfach mal Deutsch quatschen (Tandems)
- Stammtisch
- AG Berufliche Integration (Verweisberatung)
- Move Together

TOP 2 Aktueller Unterstützungsbedarf

Anfrage vom UFU: Lebenslaufprojekt in der Unterkunft Feuerwache 10 -> NK Mitte und Ehrenamtliche vom UFU zusammen

Begleitung:

1. Familie: Mutter hat sich vor einigen Monaten beide Handgelenke gebrochen, kann diese immer noch nicht belasten, 2 Kinder, älteres Kind kann nicht in den Kindergarten, weil Mutter den Kinderwagen (für das jüngere Kind) nicht die Treppen heruntertragen kann, spricht noch kein Deutsch, Vater arbeitet in Vollzeit, wohnen in eigener Wohnung Nähe Leinhausen Bhf., **wer kann unterstützen?**
2. Familie: Mutter, alleinerziehend mit zwei Kindern 6 und 4 J. alt, brauchen Lesepat*in (*mittlerweile vergeben*)

TOP 3 Punkt 3.3 Migration und Integration des neuen Koalitionsvertrages- offene Diskussion über die Auswirkungen auf unsere Arbeit

Patricia Tuschling-Moch fasst den Punkt 3.3. des zwischen den Koalitionsparteien ausgehandelten Koalitionsvertrages für die neue Legislaturperiode des 21. Deutschen Bundestages (2025-2029) zusammen:

Quelle: Verantwortung für Deutschland, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 21. Legislaturperiode, S. 2 und S. 92 – 97

„Wir ordnen Migration und fördern Integration. Dafür schützen wir unsere Staatsgrenzen und entscheiden selbst, wer in unser Land kommt, wer bleiben darf und wer unser Land wieder verlassen muss. Als alternde Gesellschaft sind wir auf Zuwanderung angewiesen. Deshalb verbessern wir legale Wege der geordneten Zuwanderung in den Arbeitsmarkt und stärken die Rahmenbedingungen für gelingende Integration.“ (Präambel S.2, Z. 60 – 64)

- Grundrecht auf Asyl bleibt unangetastet
- Integration ermöglichen
- einwanderungsfreundliches Land bleiben, qualifizierte Einwanderung in Arbeitsmarkt attraktiv machen
- Migration ordnen, steuern, begrenzen und irreguläre Migration wirksam zurückdrängen
- freiwillige Bundesaufnahmeprogramme beenden (zum Beispiel Afghanistan)
- Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten befristet für zwei Jahre aussetzen, außer Härtefälle
- Begrenzung:
 - o Fortlaufende Erweiterung der Zahl der Migrations- bzw. Rückführungsabkommen mit den relevanten Herkunftsstaaten
 - o Begrenzung der Personen der Westbalkan-Regelung auf 25.000 pro Jahr
 - o Zurückweisung an EU-Grenzen, auch bei Asylgesuch
 - o Grenzkontrollen an deutschen Außengrenzen bis Dublin- und GEAS erfüllt wird
 - o Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten (ab jetzt schon Algerien, Indien, Marokko und Tunesien), alle Länder mit einer Anerkennungsquote seit mindestens fünf Jahren unter fünf Prozent
 - o GEAS noch in diesem Jahr ins nationale Recht umsetzen
 - o Deutsche Initiative auf europäischer Ebene für Streichung des Verbindungselements, um Rückführungen und Verbringungen zu ermöglichen
- Ausweisung bei:
 - o nicht unerheblich straffällig
 - o gewalttätige Stellvertreterkonflikte auf deutschem Boden
 - o Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe führt zu einer Regelausweisung (bei Straftaten gegen Leib und Leben, gegen die sexuelle Selbstbestimmung, bei Volksverhetzung, bei antisemitisch motivierten Straftaten, bei Widerstand und tätlichen Angriff gegen Vollstreckungsbeamte)
- Rückführungsoffensive
 - o Freiwillige Rückkehr durch Anreize und Beratung
 - o Zahl der Rückführungen steigern, auch von Sekundärmigration

- o Abschaffung des verpflichtend beigestellten Rechtsbeistands vor der Durchsetzung der Abschiebung
- o vorübergehende Haft oder Ausreisegewahrsam
- o dauerhafter Ausreisearrest für ausreisepflichtige Gefährder und Täter schwerer Straftaten nach Haftverbüßung bis zur freiwilligen Ausreise oder Abschiebung
- o Erhöhung Kapazitäten der Abschiebehaft
- o Konsequenter Anwendung der Aberkennung des Schutzstatus bei Straftätern
- o Zentralisierung beim Bund der Zuständigkeit für die Durchführung aller Überstellungen nach der Dublin- beziehungsweise der Asyl-Migrationsmanagementverordnung
- o Verpflichtung von Flugunternehmen zur Beförderung bei Rückführungen
 - Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien - beginnend mit Straftätern und Gefährdern
 - Für Ausreisepflichtige konsequente Umsetzung der bestehenden Anspruchseinschränkungen
 - Integration muss weiterhin gefördert, aber intensiver als bisher eingefordert werden
- o Besondere Rolle für ehrenamtlichen Organisationen und Initiativen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte
- o Mehr Geld für Migrationsberatung, Integrationskurse, Sprach-Kitas, Startchancenprogramm auch für Kitas
- o Verpflichtende Integrationsvereinbarung zur Definition von Rechten u. Pflichten
 - Wohnsitzregelung verschärfen, dabei Schutz von Frauen vor Gewalt
 - Befristeter Aufenthaltstitel für Geduldete
- o Gut integriert, Deutschkenntnisse, seit 12 Monaten arbeiten, geklärte Identität, nicht straffällig
- o Zum 31.12.2024 seit mindestens 4 Jahren in Deutschland
- o Voraussetzungen §§ 25a u. b noch nicht erfüllen
 - Rechtliches
- o Überarbeitung und Entbürokratisierung des Aufenthaltsgesetzes
- o Eigenes Verwaltungsgericht für Asylrechtssachen
- o Aus Amtsermittlungsgrundsatz wird Beibringungsgrundsatz
- o Einreise- und Aufenthaltsverbot nach Ausweisung, Abschiebung
- o Ergebnisoffene Evaluation behördenunabhängiger Asylverfahrensberatung
- o Abschaffung der Einbürgerung nach 3 Jahren
- o Ukrainische Geflüchtete, die nach dem 01.04.25 einreisen, Asylbewerberleistungsgesetz nach Vermögensprüfung

Diskussion:

Begriffe ‚wollen‘ und ‚werden‘ durchziehen den Koalitionsvertrag:

- viele für Geflüchtete besorgniserregende Dinge wie z. B. das Ende freiwilliger Aufnahmeprogramme, verstärkt Durchsetzung von Rückführungen sollen ungesetzt werden (*werden*)
- positive Punkte wie die Integration zu fördern ist nur als Möglichkeit formuliert (*wollen*)

Fragen, die sich für uns aus dem Koalitionsvertrag ergeben:

- a) Was wird aus zugesicherten Aufnahmen aus Afghanistan – in wie weit gelten geschlossene Verträge oder haben die Betroffenen Ansprüche?

- b) Inwieweit werden Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag voraussichtlich tatsächlich umgesetzt? Inwieweit ist ein Koalitionsvertrag für die (Vertrags-)Parteien bindend?
- c) haben alle Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag rechtlich Bestand?
 -bleibt die Rechtsstaatlichkeit gewahrt, wenn u.a. Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte als Ausweisungsgrund dient? Gibt es Klagemöglichkeiten gegen evtl. Vorwürfe in dieser Richtung?
- d) nicht mehr zugesicherter Rechtsbeistand bei Abschiebung (wird dadurch der Gleichheitsgrundsatz verletzt?)
- e) Push-back Zonen: Was passiert mit zurückgewiesenen Geflüchteten?
- f) ist es möglich, das Verbindungselement einfach zu streichen? Eröffnet dies ein Ruanda-Modell nach Vorbild Großbritanniens?
- g) Wie lässt sich Populismus und Hetze aufhalten?
- h) Wenn der Rechtsstaat nicht mehr für einzelne gilt, dann gilt der Rechtsstaat für keinen mehr
- i) Behördenunabhängige Flüchtlingsberatung abschaffen? Ist dies einfach so möglich? Was ist Länder- was ist Bundessache?

Wir wollen diese Fragen mit euch/Ihnen und der Politik sowie Fachleuten bei den nächsten NK-Treffen diskutieren. Interessierte sind herzlich eingeladen!

TOP 4 Buchvorstellung (Teil II): Migration- 22 populäre Mythen und was wirklich hinter ihnen steckt (Autor: Hein de Haas)

Anne Gast stellt das Kapitel „Mythos 2: Unsere Grenzen sind nicht mehr sicher“ vor.

Der allgemeinen Behauptung, dass die illegale Zuwanderung rasant zunimmt, hält der Autor mit Zahlen entgegen, nach denen die überwältigende Mehrheit der Migrant*innen legal in die EU einreist (pro Jahr rd. 2 Mio vs. durchschnittlich 64'000 festgenommene Migrant*innen und Asylsuchende, die aus Nordafrika über das Mittelmeer gekommen sind (=3-3,5 %)). Dies erfolgt i. d. R. durch Regierungsprogramme oder als Au-Pair, Pflegekräfte, Haushaltshilfen oder Ausbildungsprogramme. Nach Ablauf der Aufenthaltserlaubnis bleiben einige Migrant*innen im Land. Sie sind dann illegal. Jedoch nicht an der Grenze, weswegen Grenzsicherungen wirkungslos sind. Die Statistik ist fehleranfällig, da es häufig zu Mehrfachzählungen kommt, da Abgewiesene oft weitere Einreiseversuche unternehmen. Mehr Grenzkontrollen führen zu mehr Zählungen. Anstiege der Aufgriffe werden oft medial aufgegriffen und auf die Zukunft projiziert. Dadurch wird die Angst vor ausufernder Migration geschürt. Ein Rückgang der Zahlen wird i. d. R. nicht mitgeteilt. Der Autor fasst zusammen, dass das Problem nicht darin besteht, dass die Grenzen nicht ausreichend gesichert sind, sondern dass das Zuwanderungssystem nicht funktioniert und es keine geeigneten legalen Möglichkeiten bietet.

Das Buch ist im S.Fischer Verlag erschienen und kostet 28,- € (Taschenbuch 16,- €).

TOP 5 Austausch

Patricia berichtet von einem ihrer UMA (unbegleitet minderjährige Ausländer): beginnt im Sommer Ausbildung als Maler

TOP 6 Sonstiges

Für unser NK Mitte Sommerfest am 28.6.25 haben wir einen Zuwendungsantrag beim Integrationsbeirat des Bezirksamts Mitte gestellt. Bei der Sitzung am 23.4.25 um 18 Uhr im Neuen Rathaus soll der Antrag beraten werden. Wer kann ihn vorstellen? *(Anmerkung 23.5.24: der Termin wurde abgesagt)*

Für das Protokoll: Dr. Anne Gast, 17.4./1.5.25